



Scharnsteiner Gemeinderat leitet Rückwidmung der Lahngründe in Grünland ein

Der Konflikt um die geplante Errichtung einer Siedlung im Scharnsteiner Ortsteil „In der Lahn“ könnte für die Anrainer doch noch erfolgreich enden.

In unmittelbarer Nachbarschaft der Lahner im Dorfgebiet war die Errichtung einer Siedlung mit 14 Einfamilienhäusern geplant. Die Umwidmung des Grünlandes in Bauland im Jahr 2020 war sowohl im Scharnsteiner Gemeinderat als auch bei den OÖ Landesbehörden höchst umstritten. Die gesamte Planung widerspreche den Grundsätzen der OÖ Raumordnung und auch die bestehende Zufahrtsstraße wurde nicht nur von Kritikern als zu eng erachtet. Die Tatsache, dass viele in der Gemeinde einen Freundschaftsdienst des Bürgermeisters an seinem Parteifreund Moritz Drack vermuteten, lud den Konflikt politisch zusätzlich auf.

Neue Zufahrt von allen Behörden abgelehnt

Um die Lahnwiese als Baugrund ohne ausreichende Verkehrserschließung doch noch für eine zukünftige Bebauung zu retten, reichten die Grundeigentümer Ende 2023 Pläne für eine neue Straßenzufahrt über den Herrnberg ein. Dieser Plan wurde im Mai 2024 von den Landesbehörden vollends durchkreuzt. Die zuständigen Abteilungen Raumordnung sowie Natur- und Landschaftsschutz stellten in ihren Gutachten fest, dass die geplante Straßenzufahrt dem OÖ Raumordnungsgesetz eindeutig widerspreche und folglich abzulehnen sei.

Die Anrainer in der Lahn bekämpften die Baulandwidmung von Beginn an und wurden dabei von einem Gutachten der Volksanwaltschaft gestützt. Zusätzlich fanden sie für ihre Forderung einer Rückwidmung der Lahnwiese in Grünland Unterstützung bei den Fraktionen SPÖ, den Grünen und der FPÖ im Scharnsteiner Gemeinderat. Stefan Hamedinger, Sprecher der Anrainer, bot auch Bürgermeister Raffelsberger und seiner ÖVP an, nach den erfolgten negativen Stellungnahmen ohne Gesichtverlust aus der ganzen Sache herauszukommen. Dieser zeigte sich allerdings uneinsichtig.

Verfahren im Gemeinderat mehrheitlich eingeleitet

Im Scharnsteiner Gemeinderat vom 5. Dezember wurde nun nach vierjähriger Verfahrensdauer und massivem Widerstand der Anrainer ein Verfahren auf Rückwidmung der Lahngründe in Grünland eingeleitet. SPÖ, Grüne und FPÖ stimmten dafür, die ÖVP geschlossen dagegen - Ergebnis damit 15:10 für die Einleitung des Rückwidmungsverfahrens.

Bürgermeister Raffelsberger zeigte sich enttäuscht, obwohl er noch am 2. Jänner 2024 in den OÖN klargemacht hatte, dass er die bestehende Zufahrt tatsächlich für zu eng hält:

„Eine neue Straße ist aus meiner Sicht die Voraussetzung für das Projekt. Am Zug sind jetzt die Experten. Legen sie ihr Veto ein, hätten wir zumindest alles versucht.“

Behörden des Landes entscheiden

Nun sind die Behörden des Landes am Zug. Beurteilen sie das gesamte Projekt wie bisher, dürfen die Anrainer realistisch auf eine Rückwidmung in Grünland hoffen. Schon 2020 war es allein Landesrat Achleitner, Chef der Abteilung Raumordnung, der die negativen Stellungnahmen seiner eigenen Fachabteilungen überstimmte und – laut Volksanwaltschaft „verfassungswidrig“ - für die Umwidmung in Bauland in der Lahn entschied.

Bereits damals gingen viele Beobachter aufgrund der weitreichenden Widersprüche gegen die OÖ Raumordnungsgesetze davon aus, dass es sich bei der Entscheidung des Landesrats um einen parteipolitischen Freundschaftsdienst handelte. Am Ende könnte Landesrat Markus Achleitner seinem Parteifreund Bürgermeister Rudolf Raffelsberger einen Bärendienst erwiesen haben.

Der aktuelle Beschluss im Scharnsteiner Gemeinderat ist rein sachlich äußerst erfreulich. Die Verfahrenseinleitung zu einer Rückwidmung von Bauland in Grünland könnte im ganzen Land Auswirkungen auf zukünftige Widmungsanträge haben und die traditionellen Spielregeln in den OÖ Gemeinden massiv verändern.

„Das gesamte Projekt widersprach von Anbeginn allen Grundsätzen der OÖ Raumordnung (die der Bürgermeister im Landtag mitbeschlossen hat). Zudem gibt es keine Erschließung, womit das Bauland nicht bebaubar ist. Mit parteipolitischen Freundschaftsdiensten bei Grundstückswidmungen muss nun ein für allemal Schluss sein!“

Die Scharnsteiner SozialdemokratInnen